

Beschluss

der mitgliederoffenen Kreisvorstandssitzung am 09.03.2021

Der Kreisvorstand hat beschlossen:

Datenschutz darf nicht weiter bremsen

Die aktuelle Pandemiesituation wirkt als Brennglas im Bereich von Verwaltung und Digitalisierung. Die Defizite sind auch nach Monaten enorm und hindern vielerorts komplett eine Umsetzung. Das reicht von E-Learning Plattformen bis hin zur prominenten Diskussion um die Corona-Warn-App des Bundes. Sie bleiben hinter den Anforderungen zurück, weil Datenschutz Dateneingabe, -nutzung und -weitergabe in weiten Teilen untersagt.

Gerade in dieser Situation, wo bspw. sich die Organisation von Impfungen enorm verzögert, kann der Schutz der Daten damit de facto Menschenleben kosten. Daten als Schutzgut müssen in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Interessen, wie einer effizienten Verwaltung und Selbstbestimmung des Einzelnen, stehen. Der Datenschutz darf nicht weiter die Spielwiese von Ideologen bleiben.

Daher fordert die JUNGE UNION NORDFRIESLAND:

- Abbau von Datenschutzhemmnissen durch realitätsnahe Auslegungen von europäischem und Bundesrecht (bspw. DS-GVO).
- Die Rolle von Datenschutzbeauftragten und deren Behörden (ULD in Schleswig-Holstein) müssen weiterentwickelt werden. Neben dem Schutz und der Kontrolle braucht es Ermöglichungsstrategien und weniger ideologische Blockade.
- Die Mündigkeit des Bürgers muss auch die Selbstbestimmung der Daten in öffentlicher Hand betreffen.